

**Keine Propaganda
auf Kosten
von Flüchtlingen!**

Ansprechpartner für Information
und Beratung zum Thema
Flüchtlingssituation

Flüchtlingsrat NRW e.V.
Tel: 0234-58731560
E-Mail: info@frrnw.de
Web: www.frrnw.de

Flüchtlings**RAT**
NRWe.V.

Ansprechpartner für Information
und Beratung zum Thema
Rechtsextremismus:

Mobile Beratung NRW
gegen Rechtsextremismus:
www.mobile-beratung-nrw.de

**Flüchtlinge sind
an allem schuld!**

Flüchtlingswellen strömen nach Deutschland!

Flüchtlinge kommen überwiegend
aus wirtschaftlichen Gründen
nach Deutschland!

Es kommt durch Flüchtlinge zur
Überfremdung der Gesellschaft!

Flüchtlinge werden in luxuriösen
Hotels untergebracht!

Eine Flüchtlingsunterkunft
führt zu steigender Gewalt
und Kriminalität in der Region!

Flüchtlinge nehmen den
Deutschen
die Arbeitsplätze weg!

Flüchtlinge verursachen den deut-
schen Steuerzahlern hohe Kosten

... mit diesen und ähnlichen Behauptungen schüren
Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere ras-
sistische Gruppen Stimmung gegen Flüchtlinge, um
Propaganda für sich und ihre menschenverachtende
Ideologie zu machen.

FAKT IST: Weltweit waren im Jahr 2015 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht. Mit etwa 1 Mio. registrierten Flüchtlingen wurde im Jahr 2015 in Deutschland ein absoluter Höchststand erreicht. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl lag Deutschland bei der Zahl der Asylanträge trotzdem nur an 6. Stelle in Europa. Seit März 2016 ist die Zahl der Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zurückgegangen. So gab es in der ersten Jahreshälfte monatlich teilweise über 50% weniger Zuzüge von Flüchtlingen nach Nordrhein-Westfalen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2015.

FAKT IST: Krieg und Verfolgung lassen vielen Menschen keine andere Wahl als die Flucht. Wirtschaftliche Gründe werden nicht als Asylgrund anerkannt, selbst wenn es Armut und existentielle Not sind, die Menschen zur Flucht zwingen. Im Zeitraum Januar bis Juni 2016 hat die Mehrheit der Flüchtlinge Schutz erhalten, die Quote lag bei 61,5%. Flüchtlingen wird nur dann Schutz zugesprochen, wenn ihnen Verfolgung oder konkrete Gefahr für Leib und Leben drohen.

FAKT IST: Schon immer haben Menschen ihre Heimat verlassen, um sich an einem anderen Ort anzusiedeln. Alle Gesellschaften und alle Länder sind heute von jahrtausendelangen Wanderungsbewegungen geprägt. Wer von Überfremdung spricht, ignoriert die Tatsache, dass in ganz Europa Menschen unterschiedlichster Herkunft seit Generationen friedlich zusammenleben und auch viele Deutsche die Nachkommen von Zugewanderten sind. Abgesehen davon flieht niemand ohne Grund! Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, Menschen in Not Schutz und Aufnahme zu gewähren.

FAKT IST: In Nordrhein-Westfalen sind die Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig, so lange sie sich noch im Asylverfahren befinden oder wenn der Asylantrag abgelehnt wurde. In vielen Fällen stehen für Flüchtlinge nur Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung. Trotz mittlerweile gesunkener Asylbewerberzahlen muss in vielen Kommunen zudem weiterhin auf Notunterkünfte in Turnhallen, Containern, ehemaligen Schulen, Traglufthallen oder Zelten ausgewichen werden. Die Zustände dort sind oft belastend: Isolierte Lage, beengte Räumlichkeiten, mangelnde sanitäre Anlagen und fehlende Privatsphäre.

FAKT IST: Die allgemeine Kriminalitätsrate ist unter Flüchtlingen und Deutschen jeweils gleich hoch. Manche Straftaten – zum Beispiel ein Verstoß gegen die Passpflicht – können nur von Ausländern begangen werden und stellen keine Vergleichsgrundlage dar! Vereinzelte Schlägereien in Flüchtlingsunterkünften sind den Umständen geschuldet – überall dort, wo besonders viele Menschen auf engem Raum leben, kann es eher zu Auseinandersetzungen kommen.

FAKT IST: Alle Asylbewerber unterliegen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland einem strikten Arbeitsverbot. Für viele Flüchtlinge gelten auch in der Folgezeit starke Einschränkungen bei der Arbeitssuche, die bis zum dauerhaften Arbeitsverbot für Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsländern reichen können.

FAKT IST: Flüchtlingen stehen nur Leistungen zu, die das Existenzminimum abdecken. Durch fehlenden Zugang zu Sprachkursen und Sonderregelungen bei der Arbeitssuche wird den meisten Flüchtlingen die Möglichkeit genommen, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten. Die Sozialleistungen können auch als Sachleistungen oder in Form von Gutscheinen gewährt werden. Flüchtlinge bekommen in den ersten Monaten zudem nur eine medizinische Notversorgung.